



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 10.10.2006
Az.:

52. Sitzung des Kreisausschusses am 25.09.2006

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Becker, Manfred
Gotz, Maximilian
Lackner, Helmut
Mittermeier, Jakob
Reingruber, Karlheinz
Rötzer, Marianne
Rübensaal, Siegfried
Scharf-Gerlspeck, Ulrike
Schmidt, Horst
Schwimmer, Jakob
Steinberger, Friedrich

Vertretung für Frau Michaela Meister

sowie als Vorsitzender:

Stellv. Landrat Gotz Max (TOP 1 bis 7)
Landrat Bayerstorfer, Martin (ab TOP 7)

von der Verwaltung:

Centner, Christina
Mayer, Elfriede
Wirth, Harald



Weitere Anwesende:

Herr Alfred Dreier, Verwaltungsratsvorsitzender der Fischer's Wohltätigkeitsstiftung zu TOP 1

Frau Lichtenstern, Herr Pinnel und Herr Oelschlegel vom Straßenbauamt München (TOP 2)

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

VR Fischer

Verw.Ang. Eixenberger (TOP 1 und 2)

Herr Graßl (TOP 2)

Frau Eberharter (TOP 2)

Frau Preuße (TOP 6 und 7)

RRin Stephan (TOP 7)

Frau Wolf (TOP 8)

Herr Korff (TOP 8)

Herr Gaigl (TOP 9)

ORR Sennhenn (TOP 10)

Herr Thomas (TOP 10)

Frau Waxenberger (TOP 10)

Tagesordnung



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

I. Öffentlicher Teil:

1. Fischers Kreisaltenheim; Wirtschaftsplan 2006
Vorlage: 2006/0026
2. Baumaßnahmen an Kreisstraßen
Vorlage: 2006/0019
3. Anerkennung der Gründe für die Niederlegung eines Kreistagsmandats
Vorlage: 2006/0016
4. Ausschussbesetzung
Vorlage: 2006/0017
5. 60 Jahre Kreistag in Erding/ 60 Jahre Direktwahl der Landräte
Vorlage: 2006/0006
6. Altenhilfeplan und 3. Fortschreibung des Pflegebedarfplans nach dem AGPflegeVG
Vorlage: 2006/0011
7. Rahmenvertrag zur Frühförderung in Interdisziplinären Frühförderstellen
Vorlage: 2006/0013
8. Gleichstellung - Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2006
Vorlage: 2006/0025
9. Controlling; Interkommunaler Leistungsvergleich 2005
Vorlage: 2006/0002
10. Schülerbeförderung
Vorlage: 2006/0030
11. Bekanntgaben und Anfragen
- 11.1 MVV-Integration Dorfen - Markt Schwaben



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist **der Vorsitzende** darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 11 „Fischer`s Kreisaltenheim; Wirtschaftsplan 2006“ im nichtöffentlichen Teil der Einladung als Tagesordnungspunkt 1, öffentlich, behandelt werden soll, weil Herr Dreier heute noch einen weiteren auswärtigen Termin wahrnehmen muss.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

1. Fischer`s Kreisaltenheim; Wirtschaftsplan 2006
Vorlage: 2006/0026

Der Vorsitzende begrüßt den Verwaltungsratsvorsitzenden Herrn Dreier und bittet ihn um Ausführung.

Herr Dreier führt aus, der Wirtschaftsplan für 2006 sei leider gekennzeichnet durch einen nicht unerheblichen Verlust von 562.200 €. Dieser Verlust rühre in erster Linie daher, dass 2006 eine ausgesprochene Sondersituation war, weil ein wesentlicher Bestandteil des Altenheimes, die Pflegestation Haus Katharina, grundlegend saniert wird und deswegen die gesamten Bewohner des Hauses zum Teil ausgelagert und 44 Personen in Module am Kreiskrankenhaus untergebracht werden mussten. 10 Personen konnten anderweitig im Haus verlegt werden. Insgesamt sei seit Mitte 2005 ein Bewohnerabbau von 40 Personen vorgenommen worden, in dem frei werdende Plätze nicht mehr nach belegt worden sind. Dadurch seien nicht unerhebliche Mindereinnahmen entstanden, die nicht kompensiert werden konnten, weil es nicht möglich war, z.B. den Personalabbau in gleichem Maße äquivalent durchzuführen. Dazu sei gekommen, dass durch die Sanierungsmaßnahme nicht nur verminderte Einnahmen, sondern auch erhöhte Kosten entstanden sind, denn die Ausweichplätze am Krankenhaus waren nicht unentgeltlich. Insgesamt habe sich dadurch ein Einnahmenverlust von etwa 294.000 € und zusätzliche Ausgaben von etwa 220.000 € ergeben.

Herr Dreier geht davon aus, dass im nächsten Jahr wieder reguläre Verhältnisse sein werden. Die Baumaßnahme wird bis Weihnachten 2006 abgeschlossen sein. Es werden zwar weniger Pflegeplätze als bisher zur Verfügung stehen. Er meint, 2007 werde die Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung nicht ganz ohne Verlust auskommen. Es wird aber so sein, dass sich der Verlust gegenüber der heurigen Sondersituation deutlich reduzieren wird.

Der Verlust sei im Rahmen des Vermögensplanes durch eine Verwendung der kapitalen Rücklagen und anderen Gewinnrücklagen ausgeglichen worden, so dass sich im Vermögenshaushalt ein ausgeglichener Ansatz in den Einnahmen und Ausgaben ergibt.

Der Vorsitzende, Stellv. Landrat Gotz, merkt an, für jeden Bürger der Stadt und des Landkreises sei deutlich erkennbar, welche Anstrengungen die Fischer`s Stiftung unternimmt, ein altes Gebäude den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Insofern sei es eine beachtliche Aufgabe, die auch die Kreistagsmitglieder in den entsprechenden Ausschüssen mittragen.



Kreisrat Reingruber möchte auf Seite 2 der Vorlage „Vermögensplan - Ausgaben“, Punkt 8, wissen, was „immaterielle Vermögensgegenstände“ seien.

Herr Dreier denkt, dass es sich hier nur um Lizenzgebühren im EDV-Bereich handeln könnte. Genaueres wisse er auch nicht.

LANDKREIS
ERDING

Kreisrat Schmidt merkt an, auf der letzten Seite der Vorlage bei „Allgemeines“ steht: „Ein Gewinn oder ausgeglichenes Ergebnis ist auch für die folgenden Jahre vor allem wegen der zwei strukturellen Defizite, nur schwer oder gar nicht zu erreichen“. Er denkt, das bedeutet, dass Herr Dreier in den nächsten Jahren mit Defiziten rechnet. Er möchte wissen, wie das Ganze in der Perspektive aussieht.

Büro des Landrats
BL

Herr Dreier antwortet, es seien auch noch Defizite auszugleichen, die aus den bisherigen, nicht unbedeutenden Baumaßnahmen der Jahre 1995 (Haus Friedrich, Sanierung des Hauses Therese, Errichtung des Zentralbaus und des Bereichs Öffentliche Seniorenarbeit, usw.) resultieren.

2005 war zudem die Situation, dass eine Haupteinnahmequelle, das Gebäude am „Schönen Turm“, saniert worden sei und keine Einnahmen verzeichnet werden konnten. Das werde sich künftig in der Bilanz der kommenden Wirtschaftsjahre wieder egalisieren und normalisieren. Es werde allerdings in den nächsten Jahren noch nicht möglich sein, im Betrieb des Fischer`s Kreisaltenheims einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Möglichkeiten der Einsparung seien nicht sehr groß. Es stellt sich immer auch die Frage, ob Qualität oder Dumpingpreise gewünscht werden. Auch im Personalbereich gibt es wenig Spielraum, weil es gerade im Pflegebereich Vorgaben gibt, die einzuhalten seien. Flexibler könne dagegen Personal im Wirtschaftsbereich (Küche- und Hauswirtschaftspersonal) eingesetzt werden. Zurzeit werde intensivst überlegt, welche Möglichkeiten der neue Tarifvertrag TVöD gibt, um die Personalkosten künftig straffen zu können. Dies wird aber auch nicht von heute auf morgen umsetzbar sein.

Herr Dreier fügt an, dass der Verwaltungsrat dem Wirtschaftsplan bereits zugestimmt hat.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bedankt sich der Vorsitzende für die Ausführungen bei Herrn Dreier und bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0298-08

Dem Kreistag wird empfohlen, den Wirtschaftsplan des Fischer`s Kreisaltenheimes für das Jahr 2006 (Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenplan) zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: Annahme mit 11 : 0 Stimmen

2. Baumaßnahmen an Kreisstraßen Vorlage: 2006/0019



LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende begrüßt Frau Lichtenstern, Herrn Pinnel und Herrn Oelschlegel und bittet, die für 2007 vorgesehenen notwendigen Baumaßnahmen zu erläutern.

Büro des Landrats
BL

Frau Lichtenstern führt aus:

ED 1, Deckerneuerung zwischen Amelgering und Niederstraubing

Sie erklärt, die Fahrbahn der ED 1 weist auf einem Streckenabschnitt von 2,1 km erhebliche Verdrückungen und Spurrillen auf, die sich besonders bei Regen auf dem kurvigen und ansteigenden Streckenabschnitt negativ auf die Verkehrssicherheit auswirken. Um weitere Substanzschäden zu vermeiden, sei 2007 eine Deckerneuerung (reine Substanzerhaltungsmaßnahme) geplant. Diese Maßnahme sei zuschussfähig. Es seien Kosten (mit Ausstattung und Verwaltungskosten) von 144.245 € veranschlagt.

ED 05, Deckenbau an dem Anschluss St 2580 (FTO) Bauabschnitt IV und ED 5 a bei Oberneuching

Es handelt sich dabei um ein Zwischenstück von 300 m, das auf dem Fahrbahnbelang Risse und Verdrückungen aufweist. Die Maßnahme sollte durchgeführt werden, um bei der Fertigstellung der Anschlussstelle der FTO 2007 ein einheitliches Bild und einen gleichwertigen Zustand im Anschlussbereich zu haben. Es sei dazu ein Angebot der Fa. Streicher, Degendorf eingeholt worden, die die FTO baut. Diese Firma würde den Deckenbau (mit Ausstattung und Verwaltungskosten) für 32.250 € durchführen.

Kreisrat Mittermeier weist darauf hin, dass sich das Straßenbauamt schon jetzt bezüglich der Beschleunigungsspuren Gedanken machen sollte. Die bisherigen Spuren seien Standspuren und keine Beschleunigungsspuren. Er denkt, wenn die FTO durchgehend fertig gestellt sein wird, wird der Verkehr wesentlich dichter werden. Wenn dann die Beschleunigungsspuren so wie sie jetzt sind bleiben, wird es zu Unfällen kommen, weil Autofahrer nicht in die Fahrspur einfädeln können und es dann zu Verkehrsstaus kommt.

Der Vorsitzende fragt, ob es dazu schon Überlegungen seitens des Straßenbauamtes gibt.

Herr Pinnel antwortet, das Ganze sei haushaltsrechtlich von der Reg. v. Obb so genehmigt worden. Wie jetzt gebaut wird, entspricht es den gesetzlichen Vorgaben. Es sei nicht möglich, kurzfristig einen längeren Streifen als Beschleunigungsspur zu bauen, weil das Ganze planfestgestellt sei und in die anliegenden Grundstücke eingreifen würde.

Der Vorsitzende bittet, dass Frau Lichtenstern die Anregung von Kreisrat Mittermeier mitnimmt, weil die Sorge zumindest im Bereich bei den beiden geplanten Ausfahrten der Stadt Erding besteht.

Kreisrat Schmidt fragt zum letzten Satz der Vorlage zur Bemerkung, dass die Gemeinde Neuching einer Abstufung der ED 5 und damit auch

einer Deckenerneuerung im fraglichen Bereich derzeit kritisch gegenübersteht.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Frau Lichtenstern erklärt, Abstufungsfragen werden grundsätzlich im Planfeststellungsverfahren geregelt, um das anschließende Prozedere zu erleichtern. Im Fall Neuching wurde damals keine Einigung erzielt. Man habe sich dahingehend verständigt, dass die Reg. v. Obb das prüft. In nächster Zeit sei mit einer Antwort zu rechnen, ob die Abstufung trotzdem möglich sei. Die Abstufung wäre der komplette Bereich der ED 5 von Oberneuching bis zur Einmündung zur Staatsstraße 2080. Bei den 300 m geht es, die Verkehrssicherheit zu wahren.

Kreisrat Becker fragt, ob diese Straße noch die Bedeutung einer Kreisstraße hat. **Frau Lichtenstern** antwortet nein.

Sanierung der Altachbrücke und der Dorfenbrücke

Weiter erklärt **Herr Oelschlegel** zu den Brückenbauwerken, der Landkreis Erding unterhält 56 Brücken im Kreisstraßennetz. Die letzte Instandsetzung war 2001. 2007 stehen drei Brücken zur Sanierung an.

Die Altachbrücke habe nach den derzeit gültigen Vorschriften eine zu schmale Kappe. Auch der Geh- und Radweg endet vor der Brücke. Es sei geplant, durch die Verbreiterung der Kappe eine Weiterführung des Geh- und Radweges über das Bauwerk zu ermöglichen. Auch der Einbau eines Geländers mit 1,2 m Höhe auf der Seite des Geh- und Radweges kann dann die Verkehrssicherheit der Radfahrer gewährleisten.

Dafür seien insgesamt Kosten von ca. 240.350 € veranschlagt.

Für die Instandsetzung der *Dorfenbrücke in Notzing* seien Kosten von insgesamt 84.950 € veranschlagt. Es sei geplant, die beiden Brücken unter Vollsperrung instand zu setzen.

Kreisrat Lackner fragt, wie lange die Sperrzeit sei und wie die Umleitungsstrecke sein wird.

Herr Oelschlegel antwortet, voraussichtlich wird die Sanierung der Altachbrücke länger dauern. Es wird mit einer Dauer von 3 bis 4 Monaten gerechnet. Die Umleitungsstrecke wird über die ED 5, ED 30 nach Hallbergmoos führen. Diese Strecke sei erheblich, die Umleitung müsse aber über eine adäquate Kreisstraße führen. Bei einer halbseitigen Sperre würde sich die Baumaßnahme noch länger hinausziehen. Das Straßenbauamt wird auf der ED 5 über die B 388 eine Umleitungsbeschilderung anbringen. Es muss eine großflächige Umleitung mit erheblichem Aufwand erfolgen.

Der Vorsitzende denkt, es sei schon wichtig, das Ganze, trotz der erheblichen Umleitung, in einem Zug zu sanieren. Die Erfahrung zeigt z.B. in Erding an der Baustelle am Rennweg, dass es ein Wunder sei, dass den Bauarbeitern noch nichts passiert sei. Es sollte schon ein Stück auch an deren Sicherheit gedacht werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Lackner bittet, rechtzeitig über die Umleitungen unterrichtet zu werden, weil auf der Strecke auch Busverkehr stattfindet, der anders geplant werden müsse.

Frau Lichtenstern sichert zu, eine Verkehrsbesprechung mit Anliegerinformation durchzuführen. Auch der Schulbusverkehr usw. werde rechtzeitig umgeplant.

Zur *Sanierung der Moosgrabenbrücke in Lengdorf* erklärt **Herr Oelschlegel**, die Brücke, Baujahr 1961, weist Schäden am Belag, in der Abdichtung und im Bereich der Kappen auf. Das Gelände sei schadhaf und veraltet. Zudem sei der auf der Ostseite über die Brücke geführte Radweg nur 1,25 m breit und stellt eine Engstelle dar. Für die Sanierung seien drei Varianten möglich und untersucht worden.

Variante 1 wäre eine Instandsetzung ohne Verbreiterung mit 65.000 €, die günstigste Variante und wäre aber nicht zuwendungsfähig.

Variante 2, Instandsetzung mit Verbreiterung der Brückenkappen beidseitig würde ca. 115.000 € kosten und wäre auch nicht zuwendungsfähig.

Nachdem die Gemeinde Lengdorf auf der Westseite der Brücke einen Gehweg plant, wäre Variante 3, eine Erneuerung der Brücke langfristig die beste Lösung. Die Kosten würden auf ca. 150.000 € geschätzt. Davon wären ca. 110.000 € zuwendungsfähig. Das Wasserwirtschaftsamt steht einem Neubau positiv gegenüber. In Vorgesprächen mit dem Wasserwirtschaftsamt würde eine Vergrößerung der lichten Weite gewünscht.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass heute eine Entscheidung für eine der drei vorgestellten Varianten zu treffen sei. Aufgrund des Vortrags und auch der Tischvorlage sei es augenscheinlich, dass der Bau einer neuen Brücke am sinnvollsten sei. Er spricht sich für Variante 3 aus, um auf längere Sicht ordentliche Verhältnisse zu haben.

Kreisrat Rübensaal weist darauf hin, dass die Maßnahme schon sehr lange geplant sei und über die Brücke der Verkehr von drei Kreisstraßen (ED 12, 14 und 16) geht.

Der Vorsitzende empfiehlt im Beschluss, zu Punkt 5 der Vorlage die Variante 3 aufzunehmen.

Zur *ED 18, Überführung der Kreisstraße mit Verlegung und neuer Einmündung im Zuge der Bundesstraße 15 bei Sankt Wolfgang* erklärt **Frau Lichtenstern**, die Maßnahme wird vom Bund und Landkreis finanziert. Die Maßnahme beinhaltet die Beseitigung eines Gefahrenpunktes, der darin begründet sei, dass der Bereich der ED 18 bis in den Bereich der Einmündung zur B 15 eine erhebliche Straßenlängsneigung von fast 11 % aufweist. Gleichzeitig sei der Geh- und Radweg dort nicht fortgeführt, der zusätzlich zur Maßnahme kommt. Auch weist die Kreisstraße ED 18 zwischen Lappach und dem Bauanfang erhebliche Schäden im Fahrbahnbelag auf. Es sei notwendig dafür zwei Bauwerke zu errichten, eine Unterführung des öffentlichen Feld- und Waldweges mit einem Rahmenbauwerk und ein Überführungsbauwerk der ED 18 über die B 15 mit einem Drei-

feldbauwerk, mit dem die heutige Einmündung auf die Ostseite der B 15 verlegt wird.



Zusätzliche seien noch verschiedene notwendige Arbeiten, wie die Verlegung von Bushaltestellen, Anpassung von Busbuchten, usw. zu erledigen.

LANDKREIS
ERDING

Es sei notwendig, dass zwischen Landkreis und Bund eine Kreuzungsvereinbarung geschlossen wird. Es sei geplant, dass Ende 2007 mit den vorbereitenden Maßnahmen, wie Rodungen, Baufeldfreimachung, usw. begonnen werden soll. Deshalb sei für 2007 nur ein Ansatz von 30.000 € eingeplant worden. 2008 soll die Hauptbautätigkeit aus den Mitteln des Landkreises erfolgen, 2009 werden die Restarbeiten mit Hilfe der Mittel des Bundes abgeschlossen. Die geschätzten Gesamtkosten betragen ca. 2,78 Mio €. Auf den Landkreis entfallen ca. 1,65 Mio €, für den Bund ca. 1,13 Mio €. Es sei dabei nicht so, dass der Bund den kleineren Anteil bezahlt, sondern es kommt dazu, dass der Landkreis den Geh- und Radweg und die Deckenerneuerung auf der ED 18 zusätzlich tätigt. Diese Maßnahme sei förderfähig. Es sei bereits von der Obersten Baubehörde signalisiert worden, dass der Landkreis den Höchstsatz der Förderung erwarten kann.

Büro des Landrats
BL

Zur *ED 19, Abstufung nördlicher Teil der Sigwolfstraße in Erding* erklärt Frau Lichtenstern, 2007 sei die Bereitstellung der ersten Ablösekostenrate von 70.000 € für den nördlichen Teil der Sigwolfstraße fällig. Mit der Stadt Erding sei vereinbart worden, dass am 01.01.2007 die Abstufung des nördlichen Teils erfolgt und die Ablöse zur Verfügung gestellt werden soll, ohne dass der Landkreis eine Baumaßnahme durchführt.

Zur *ED 20, Ausbau zwischen Buch am Buchrain und Pemmering* erklärt Frau Lichtenstern, auf dem ziemlich langen Streckenabschnitt von 6,3 km soll der Straßenoberbau entsprechend der Verkehrsbelastung verstärkt und gleichzeitig die Fahrbahn auf 5,50 m verbreitert werden. Teilweise sei die Fahrbahn jetzt nur 5 m breit, was für die Verkehrssicherheit nicht ausreichend sei. Auch die Entwässerung soll durch Mulden und eine abschnittsweise auf der Westseite der Straße liegende Längsentwässerung neu geregelt werden. Aufgrund Vereinbarungen mit der Gemeinde soll diese Maßnahme in zwei Bauabschnitten erfolgen. Der erste Bauabschnitt bis Oberbuch sei für das Jahr 2007 vorgesehen und der 2. Bauabschnitt bis Pemmering für das Jahr 2009.

Dabei sei eine Lücke von einem Jahr geschaffen worden, weil in der Zeit für die Gemeinde die Möglichkeit besteht, z.B. Wasserleitungen umzuverlegen, die Sanierung des Kanals vorzunehmen, usw.

Für 2007 seien Kosten von 640.000 € veranschlagt. Die Maßnahme sei zuwendungsfähig.

Weiter verweist **der Vorsitzende** auf die „Übersicht der Straßenbaumaßnahmen“ (Punkt 1 – 8) und die aufgeführten Baumaßnahmen, die in den kommenden Jahren ausgeführt werden sollen.



Kreisrat Schmidt fragt zu Punkt 9 der Vorlage „Deckenbau OD Moosinning“, warum diese Maßnahme auf 2008 verschoben worden sei.

Frau Lichtenstern antwortet, es haben zwei Anträge für den Kreisstraßenverlauf Notzing und Moosinning vorgelegen. Es wurde eine Spurrinntiefenmessung für beide Abschnitte vorgenommen und Bohrkerne gezogen. Die Spurrinntiefe liegt derzeit in Moosinning um die 20 mm, was noch ohne verkehrsrechtliche Maßnahmen, wie besondere Beschilderung, vertretbar sei. Deshalb sei die Maßnahme auf 2008 verschoben worden.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0299-08

2. Das Straßenbauamt wird beauftragt, die Straßenbaumaßnahmen im Jahr 2007 abzuwickeln.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

3. **Anerkennung der Gründe für die Niederlegung eines Kreistagsmandats**
Vorlage: 2006/0016

Der Vorsitzende erklärt, aus dem Sachverhalt sei zu entnehmen, dass Frau Kreisrätin Sollanek mit beiliegendem Schreiben vom 16.08.2006 beantragt hat, als Kreisrätin zurückzutreten. Als Begründung habe sie angegeben, dass ihre Krankheit sie zu diesem Schritt bewogen habe.

Der Kreisausschuss habe die Anerkennung des Grundes für die Niederlegung des Mandats festzustellen.

Er meint, Herr Landrat werde den Rücktritt von Kreisrätin Sollanek, die mit am längsten dem Hause angehört, in entsprechender Form gestalten. Er wünscht Frau Sollanek für die weitere Zukunft alles Gute und denkt, dass sie sich über einen Besuch von Kollegen im Heilig-Geist-Altersheim sicher freuen wird.

Er bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0300-08

Dem Kreistag wird empfohlen die Gründe zur Niederlegung des Kreistagsmandats von Frau Kreisrätin Ingrid Sollanek anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen.**

4. **Ausschussbesetzung**
Vorlage: 2006/0017



Der Vorsitzende erklärt, aufgrund der Niederlegung des Mandats von Kreisrätin Sollanek sei eine Umbesetzung in den Ausschüssen, in denen Kreisrätin Sollanek vertreten war, vorzunehmen.

Er bittet den CSU-Fraktionsvorsitzenden, Kreisrat Becker, seine Besetzungswünsche zu nennen.

LANDKREIS
ERDING

Kreisrat Becker bittet um Entschuldigung, dass er keinen schriftlichen Vorschlag eingereicht hat und erklärt, für Kreisrätin Sollanek soll künftig in den

Büro des Landrats
BL

Ausschuss für Kultur und Umwelt	Hans Grandinger
Bauausschuss (Stellvertreter)	Hans Grandinger
Jugendhilfeausschuss (Stellvertreter)	Bernd Gäb (Nachfolger)
Kreiskrankenhaus Erding (Stellvertreter)	Franz Mesner
proMED (Stellvertreter)	Franz Mesner

berufen werden.

Kreisrat Reingruber weist darauf hin, dass Kreisrätin Sollanek auch im Vorprüfungsgremium für die Verleihung des Kulturpreises vertreten war.

Kreisrat Becker sichert zu, einen Vertreter noch rechtzeitig bis zur Kreistagsitzung zu benennen.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0301-08

Entsprechend dem Vorschlag der Kreistagsfraktion der CSU werden zur Nachfolge von Frau Kreisrätin Sollanek in den Ausschüssen bzw. im Verwaltungs-/Aufsichtsrat berufen:

Ausschuss für Kultur und Umwelt	Hans Grandinger
Bauausschuss (Stellvertreter)	Hans Grandinger
Jugendhilfeausschuss (Stellvertreter)	Bernd Gäb
Kreiskrankenhaus Erding (Stellvertreter)	Franz Mesner
proMED (Stellvertreter)	Franz Mesner

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

5. **60 Jahre Kreistag in Erding/ 60 Jahre Direktwahl der Landräte** **Vorlage: 2006/0006**

Der Vorsitzende erklärt, Kreisrat Schmidt habe als Fraktionsvorsitzender der SPD angeregt, dass mit der 60jährigen Wiederkehr der ersten Wahl zum Kreistag, die am 28.04.1946 stattgefunden hat und mit der Direktwahl der Landräte, die seit 1948 so durchgeführt wird, eine entsprechende Würdigung durch den Kreistag von Erding gemacht werden soll.



LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende verliest die im Antrag dargestellte Begründung: „Da Jubiläen, wie unser Fall zeigt, manchmal übersehen werden, schlagen wir auch vor, die erste Direktwahl 1948 der Landräte mit einer Erinnerung in entsprechender Form zu berücksichtigen. Gerade im Wahljahr 2008 sollten wir die Gelegenheit nutzen, parteiübergreifend die Wählerinnen und Wähler zur Beschäftigung mit der Kommunalen Politik anzuregen.“

Kreisrat Becker macht den Vorschlag, in einer Kreistagssitzung eine entsprechende Würdigung vorzunehmen. Es sollte der Landrat gebeten werden, Vorschläge erarbeiten zu lassen, wie eine solche Erinnerung gestaltet werden kann.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schmidt unterstützt den Vorschlag, möchte aber schon gerne eine Kombination mit einer Ausstellung, z.B. welche Arbeit im Kreistag gemacht wird. Der Termin sollte schon eine Mobilisierung der Bevölkerung auch im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen sein.

Kreisrätin Rötzer meint, dass 2008, zu den Neuwahlen, etwas unternommen werden sollte. Zudem denkt sie, dass dazu auch in den Schulen darüber informiert werden sollte.

Der Vorsitzende schlägt vor, nachdem es auch ein Sachgebiet für die Öffentlichkeitsarbeit gibt, sollte dem Landrat überlassen werden, welche Form er sich vorstellt. Heute sollte deshalb keine Art oder Form festgelegt werden.

Kreisrat Reingruber unterstützt eine Würdigung, spricht sich aber gegen eine Feierlichkeit aus.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

KA/0302-08

Der Landrat wird beauftragt, in den nächsten Wochen einen Vorschlag für „60 Jahre Kreistag in Erding / 60 Jahre Direktwahl der Landräte“ erarbeiten zu lassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

6. Altenhilfeplan und 3. Fortschreibung des Pflegebedarfplans nach dem AGPflegeVG **Vorlage: 2006/0011**

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, der Landkreis weist im Altenhilfeplan, 3. Fortschreibung, eine Reihe stolzer Zahlen auf, nicht nur dass mehr Pflegeplätze als erforderlich im Landkreis vorhanden sind, sondern auch der Landkreis hohe Investitionen und Aufwendungen leistet. Er bittet Frau Preuße um Ausführung.

Frau Preuße führt aus, mit Beschluss des Kreistags vom 20.03.2000 sei der Altenhilfeplan mit der Maßgabe genehmigt und beschlossen worden, dass dieser alle zwei Jahre aktualisiert wird. Die 3. Fortschreibung des Altenhilfeplans beinhaltet die verschiedensten Bereiche und Möglichkeiten



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

für die Senioren des Landkreises. Der Landkreis Erding setzt sich vielfältig für die im Landkreis wohnenden Senioren ein. Besonders hervorzuheben sei die finanzielle Förderung zur Organisation der Senioren- und Pflegeeinrichtungen im Landkreis Erding. Seit Inkrafttreten des AGPflegeVG im Jahr 1996 habe zum Beispiel der Landkreis insgesamt 1.785.656,53 Mio € für die Heilig-Geist-Spitalstiftung Erding, das Marienstift Dorfen und das Fischer`s Kraisaltenheim Erding gezahlt.

Im Landkreis Erding besteht derzeit kein Mangel an Pflegeplätzen. Vielmehr gibt es einen Überhang von 204 Pflegeplätzen.

Frau Preuße weist darauf hin, dass am kommenden Samstag im Landratsamt in Zusammenarbeit mit dem „Sachgebiet Senioren, Behinderte und Soziales“ eine „Seniorenmesse“ mit verschiedenen Vorträgen, wie z.B. „Wie ist das Altwerden im Landkreis Erding“, Sitzgymnastik, Ernährung für Senioren, Heime werden sich vorstellen, usw., stattfindet.

Der Vorsitzende bittet die Presse, auf diese Seniorenmesse positiv hinzuweisen. Er denkt, dass solche Veranstaltungen älteren Menschen oft die Scheu nimmt, sich in einem lockeren Rahmen erkundigen zu können. Oft sei festzustellen, dass viele Bürger gar nicht wissen, welche Angebote es gibt.

Kreisrat Mittermeier denkt, am ehestens sollte interessieren, rechtzeitig mitzubekommen, wenn Handlungsbedarf oder Engpässe entstehen. Es sei eine erfreuliche Botschaft, dass aufgrund des Berichts derzeit für den Landkreis kein Handlungsbedarf besteht. Er möchte aber auf die Seiten 11 und 13 hinweisen. Auf Seite 11 steht im Jahr 2005 eine Bevölkerungszahl von 121.600 und Seite 13 sei als Ist-Stand 127.588 Einwohner im Jahr 2006 angegeben. Die Wahrheit sei ein ganz schönes Stück entfernt. 127.000 Einwohner würde der Landkreis nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes etwa 2021 erreichen. Ein Musterbeispiel wie Statistiken zu bewerten seien. Er denkt, diese Werte seien mit Vorsicht zu behandeln.

Kreisrat Reingruber meint, der Landkreis macht sicher viel, aber nichts sei so gut, dass es nicht verbessert werden könnte. Er möchte auf Seite 35 wissen, wie sich die einzelnen Einrichtungen strukturieren. Ihm sei aufgefallen, dass die Unterbringung in Einzelzimmern sehr gering sei.

Weiter verweist er auf Seite 56 auf das Betreuungsangebot für Demenzzranke. „81 % der Befragten sind der Meinung, dass im Landkreis Erding das Angebot an Heimplätzen für Demenzzranke nicht ausreichen ist.“ Er denkt, ein relativ hoher Prozentsatz. In diesem Bereich stellt sich die Frage, ob etwas veranlasst werden müsste.

Frau Preuße antwortet, die höhere Anzahl der Zweibettzimmer hängt damit zusammen, weil ein Großteil der Leute, die in eine Einrichtung gehen, den Heimplatz nicht mehr alleine bezahlen könne. Der Bezirk zahlt nur Einbettzimmer, wenn jemand ein Selbstzahler in einem Einbettzimmer war und dann zum Sozialhilfefall geworden ist und es ein Härtefall wäre, wenn er in ein Zweibettzimmer verlegt würde. In der Regel werden vom Bezirk Zweibettzimmer bezahlt. Deshalb seien auch die Angebote entsprechend



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

mehr. Die Einbettzimmer seien in erster Linie für die Selbstzahler. Es könne sich jeder selbst ausrechnen, wie lange ein Heimbewohner Selbstzahler sein kann, wenn er rechnet, was ein Heimplatz kostet, wie hoch die Rente durchschnittlich sei und wie viel Ersparnis viele Leute haben.

Zur Frage von Kreisrat Schmidt merkt sie an, im letzten Jahr seien in eigener Initiative 200 Fragebögen an Personen verschickt worden, die mit Demenzkranken zu tun haben. Das Interesse war sehr gering. Von 200 Bögen seien 55 zurückgeschickt worden, wobei in allen Fällen die Demenzkranken in einem Heim im Landkreis oder in einem angrenzenden Heim untergebracht werden konnten. Der hohe Prozentsatz, der immer angeführt wird, stellt sich somit nicht. Zudem werden derzeit in Moosen Plätze für Demenzkranke neu gebaut, auch am Fischer's Kreisaltenheim soll eine Station für Demenzkranke eingerichtet werden. Sie berichtet, dass es für diese Plätze keine Förderung gibt. Zudem gibt es die Schwierigkeit, dass für Demenzkranke besonders geschultes Personal notwendig sei.

Der Vorsitzende merkt an, die Nichtförderfähigkeit sei schon ein erhebliches Problem. Doch der Rücklauf der Fragebogenaktion sei ernüchternd. Oft werden Informationen eingefordert, und der Rücklauf sei dann wenig repräsentativ. Es sollte aber schon festgehalten werden, dass wirklich vieles unternommen worden ist, auch belastbares Material zu bekommen, und das scheinbare Interesse sich nicht widerspiegelt.

Kreisrat Reingruber weist darauf hin, dass die Menschen immer älter werden und deshalb mehr Plätze notwendig werden.

Kreisrat Schmidt denkt, dass man sich künftig mehr mit diesem Thema befassen müsse. Es gibt derzeit über 18.000 ältere Menschen ab 65 Jahre im Landkreis. Die Zahl wird steigen. Er schlägt vor, mit dem Bezirk und dem Freistaat zu verhandeln, ob eine Förderung in irgendeiner Form wieder gemacht werden könnte. Auf Dauer werde man sich nicht leisten können, kein Angebot für Demenzkranke zu haben.

Er verweist auf Seite 60 „Kultursensible Altenpflege“: „Ziel ist es, dass diese Menschen mit zielgruppengerechten und personenbezogenen Dienstleistungen der Pflege ebenso gut versorgt werden wie die deutschen Senioren.“ Er bittet, hier auf den Stand der aktuellen Diskussion zu kommen. Auch bei den Immigranten handelt es sich vielfach um deutsche Senioren.
Der Satz sollte so nicht stehen bleiben.

Weiter merkt er an, bei der Altenhilfe seien sehr viele Ansprechpartner in den einzelnen Gemeinden dargestellt worden. Er bittet zu überlegen, wie dieses Material öffentlichkeitswirksam umgesetzt werden könnte. Weiter wäre zu überlegen, die Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit den Kommunen über Mitteilungsblätter zu organisieren. Er wünscht zudem, den Seniorenreferenten der Stadt Erding auf Seite 72 an den Anfang (Seite 69) zu stellen, wie das auch bei den anderen Kommunen gemacht worden sei.

Weiter gibt es die Initiative „Senioren helfen Senioren“ (Herr Draxler) in Erding. Auch das sollte noch mit aufgenommen werden.



Der Vorsitzende fügt an, ganz sollte seiner Meinung nach der Satz von Kreisrat Schmidt nicht so bleiben, bei dem er das Nichtvorhandensein von Demenzplätzen pauschal festgestellt habe. Zumindest in zwei Einrichtungen wird konkret beabsichtigt, demnächst solche Plätze vorzuhalten.

Kreisrat Becker merkt an, auf Seite 41 sei aufgeführt, dass im Fischer's Kreisaltenheim der Anteil der Bewohner an demenziellen Erkrankungen von 149 Bewohnern 97 Bewohner, im Heiliggeist-Stift-Erding von 158 Bewohner 126, im Senioren-Service Zentrum Taufkirchen von 44 Bewohnern 31 usw. sei. Es sei also nicht so, dass Demenzkranke keine Plätze bekommen. Er glaubt, das Problem sei, und damit beschäftigt sich die CSU-Fraktion seit einiger Zeit, dass für Demenzkranke, die zuhause gepflegt werden, keine Tagesunterbringung zur Verfügung steht, damit die Pflegenden, wenn es notwendig sei, zeitweise entlastet werden könnten. Eine Bemerkung möchte er zur Äußerung des Geschäftsführers des Kath. Bildungswerkes anbringen, der erklärt hat, „ dass man das Alter aus der Schmutzdecke holen muss“.

Kreisrat Rübensaal stellt fest, auch die FW-Fraktion beschäftigt sich schon seit Jahren mit dem Thema, es gibt aber keine Ansprechstelle, die konkret sagen kann, wie das Ganze sicher finanziert werden kann.

Nach eingehender Diskussion bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0303-08

1. Der Altenhilfeplan 3. Fortschreibung 2006 für den Landkreis Erding wird entsprechend dem in der Anlage beigefügten Entwurf zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Bedarf an Pflegeeinrichtungen wird entsprechend der Bedarfsplanung festgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß Art. 3 AGPflegeVG das Benehmen mit den Gemeinden, den Trägern der Pflegeeinrichtungen, den Pflegekassen sowie mit dem Bezirk Oberbayern herbeizuführen.
3. Der Altenhilfeplan 3. Fortschreibung 2006 ist nach Abstimmung der Bedarfsermittlung mit den übrigen Beteiligten zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

7. **Rahmenvertrag zur Frühförderung in Interdisziplinären Frühförderstellen**
Vorlage: 2006/0013

Der Vorsitzende bittet Frau Preuße, zum umfangreichen Sachverhalt Ausführungen zu machen.

Frau Preuße erklärt, die Frühförderung sei seit rund 30 Jahren ein wichtiges Anliegen der bayerischen Behindertenpolitik. Unter Frühförderung sei das fachliche Hilfs- und Förderangebot für Behinderte und von Behinderung bedrohter Kinder ab Geburt zu verstehen.



Die Kommunalen Spitzenverbände, die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen in Bayern, die Trägerverbände der interdisziplinären Frühförderung sowie die kassenärztliche Vereinigung in Bayern haben nach langwierigen Verhandlungen einen neuen Rahmenvertrag abgeschlossen. Dieser Rahmenvertrag sei am 01.08.2006 in Kraft getreten und gilt drei Jahre. Der Rahmenvertrag trifft jedoch keine Regelung zur Frage der Verteilung der Kosten aus der Übergangszeit 2001. Die neuen Regelungen gelten ausschließlich für Anträge ab dem 01.08.2006.

Durch den Rahmenvertrag wird die Verwaltung mit der medizinischen Qualitätssicherung und dem Zulassungsverfahren der interdisziplinären Frühförderung beauftragt. Diese Aufgaben hatten bisher die Krankenkassen. Die im Rahmenvertrag festgelegten Fördersätze pro Behandlungseinheit liegen bei 43,95 € für die ambulante und 58,95 € für die mobile Frühförderung. Dazu kommen noch 2,85 € bzw. 3,44 € für Investitionen.

Bisher wurde die Eingangsdiagnostik mit 6 Behandlungseinheiten der Frühförderstellen vom Sozialamt bezahlt. Nach dem neuen Rahmenvertrag zahlt dies nun die Krankenkasse mit einem Betrag von 195 € pro Antrag. Dadurch werde jährlich ein Betrag von ca. 93.600 € eingespart. Eine Umfrage bei anderen Landratsämtern habe ergeben, dass 55 von 71 Landratsämtern diesem Rahmenvertrag beigetreten sind.

Frau Stephan erläutert die ausgeteilte Tischvorlage mit einem Beispiel der voraussichtlichen Kostenentwicklung beim Beitritt zum Rahmenvertrag. Das Ganze seien aber Hochrechnungen. Nach den bisherigen Auskünften sei durch den Beitritt der Rahmenvereinbarung mit Vorteilen zu rechnen, schon deshalb, weil die Entgeltsätze zentral festgelegt werden und es gewisse Streitigkeiten somit nicht mehr geben wird.

Es werde jedoch mit Mehrarbeit zu rechnen sein, weil die Kontrolle der Frühförderstellen auf das Sachgebiet zukommt. Nach internen Besprechungen müsste diese Mehrarbeit abgefangen werden können. Die Vor- und Nachteile eines Rahmenvertrages halten sich in etwa die Waage. Ihrer Berechnung nach müsste eine Entlastung erfolgen.

Derzeit gibt es auch Überlegungen, dass ab 01.07.2007 die Frühförderung durch den Bezirk erfolgen soll. Genaueres sei aber noch nicht bekannt.

Der Vorsitzende denkt, das sei ein Nebenaspekt, der nicht daran hindern sollte, dem Rahmenvertrag beizutreten. Er bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

KA/0304-08

1. Die Darstellung der Verwaltung über den zwischen den kommunalen Spitzenverbänden der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände Bayern, den Trägerverbänden der Interdisziplinären Frühförderung und der Kassenärztlichen Vereinigung ausgehandelten Rahmenvertrag werden zur Kenntnis genommen.
2. Einem Beitritt zum Rahmenvertrag Frühförderung wird zugestimmt. Als Zeitpunkt des Beitritts wird der **01.08.2006** festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Landrat Martin Bayerstorfer übernimmt um 15.50 Uhr den Vorsitz und bedankt sich beim Stellv. Landrat Gotz für die bisherige Leitung der Sitzung.

**8. Gleichstellung - Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2006
Vorlage: 2006/0025**

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, ein Teil des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen bezüglich eines eigenen Budgets erübrigt sich, weil für die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Wolf, und auch schon für ihre Vorgängerin von Beginn an ein eigener Haushaltsposten (Gleichstellung) zur Verfügung gestanden habe.

Die Möglichkeit einer Satzung für die Gleichstellungsbeauftragte sei gegeben, jedoch würden die Möglichkeiten nur im gesetzlichen Rahmen bestehen. Er denkt, bisher habe er sich mit der Gleichstellungsbeauftragten gut arrangiert. Frau Wolf habe ihre Tätigkeit sogar über den vom Gesetz her gegebenen Rahmen ausgeübt und auch gut gemacht. Frau Wolf sollte entscheiden, ob sie für die künftige Ausübung ihrer Tätigkeit eine Satzung benötigt.

Kreisrat Reingruber betont, mit der Forderung nach einem eigenen Budget, über das die Gleichstellungsbeauftragte frei verfügen kann, war gemeint, ein eigenes Budget mit Rechenschaftsbericht, und das sei nicht zum Ausdruck gekommen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass 2005 die Budgetierung noch nicht eingeführt war.

Kreisrat Reingruber weiß, dass ein Haushaltsansatz dafür vorhanden sei. Frau Wolf kommt aber nur nach Rücksprache an das Geld. Die Gleichstellungsbeauftragte sei für die Mitarbeiter im Amt zuständig, sie sollte auch im Bereich der Gesellschaft zuständig sein und das könnte in einer Satzung zum Ausdruck kommen.

Der Vorsitzende merkt an, in einer Satzung müsste genau festgelegt werden, für welche Arbeiten sie wirklich zuständig sei.

Frau Wolf erklärt, bisher habe ihr das zur Verfügung stehende Budget ausgereicht. Auch den Bedarf einer Satzung sieht sie nicht. Sie habe mit Kolleginnen gesprochen, die der Meinung sind, eine Satzung schränke die Arbeit eher ein. Sie erklärt: „Sie fühle sich in ihrer Arbeit ohne Satzung wohler.“

Kreisrat Mittermeier meint, die Intension des Antrages geht in die Richtung, eine Art „Ombudsfrau“ für den Landkreis zu installieren, wo Frauen ihre Sorgen abladen könnten. Er meint, dass diese Intension nicht in die richtige Richtung geht. Was an Punkten im Antrag aufgeführt sei, wie z.B. „Frauen erhalten vielfach einen geringeren Lohn, usw.“ möchte er nicht



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

einem mittelständischen Unternehmer sagen, dass im Landratsamt jemand zuständig sei, der darauf achtet, ob der richtige Lohn gezahlt wird. Das sei Angelegenheit der Tarifpartner. Es wäre eine denkbar schlechtere wirtschaftliche Entwicklung, wenn der eine oder andere Unternehmer an den Pranger gestellt würde. Er meint, das geht weit über das hinaus, was eine Gleichstellungsbeauftragte für das Haus machen soll. Frau Wolf habe sich um Dinge vor Ort zu kümmern. Es kann nicht sein, dass die Gleichstellungsbeauftragte mit einem Apparat an Personal für den ganzen Landkreis zuständig sein soll. Er meint, der Landkreis sei mit der bisherigen Lösung auf dem rechten Weg.

Kreisrat Reingruber stellt fest, es geht darum, dem Ganzen einen Rahmen zu geben.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten beschränkt sei.

Kreisrat Rübensaal spricht sich dafür aus, nachdem Frau Wolf sagt, sie würde sich mit einer Satzung eingeengt fühlen, dass das Ganze so bleiben soll wie bisher.

Kreisrat Becker berichtet, Frau Wolf war zu einem Gespräch in der Fraktionssitzung eingeladen. Er merkt an, wenn der Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“ institutionalisiert werden sollte, sollten die Personen, die sich für die Arbeit interessieren, aktive Mitarbeit bei der ehrenamtlichen Tätigkeit im Frauenhaus, usw. leisten.

Nach eingehender Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0305-08

Zum Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.07.2006 wird beschlossen:

Auf den Erlass einer Satzung zur näheren Ausgestaltung der Aufgaben der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Erding wird verzichtet. Der Antrag wird insofern abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 2 Stimmen.**
(Gegenstimmen: KR Reingruber und KR Schmidt)

9. **Controlling; Interkommunaler Leistungsvergleich 2005** **Vorlage: 2006/0002**

Auf Wunsch des Vorsitzenden erläutert **Herr Gaigl** kurz die versandte Vorlage. Er erklärt aufgrund der Anfrage von Kreisrat Schwimmer in der KA-Sitzung vom 08.05.2006 die Zahlen der Baugenehmigungen. Er habe sich rückversichert, dass nur Zahlen gemeldet worden sind, wo Genehmigungsverfahren durchgeführt worden sind. 224 genehmigungsfreie Vorhaben seien in diesen Zahlen nicht enthalten.



LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende fragt, ob Herr Gaigl auch einen Vergleich – vor 5 Jahren – vor 10 Jahren – geben kann.

Herr Gaigl erklärt, die Entwicklung sei ab dem Jahr 2000 zahlenmäßig erfasst. Die Genehmigungsverfahren waren immer im Rahmen von 1200 bis 1300 Fällen.

Der Vorsitzende merkt an, das bedeutet, die Baugenehmigungen haben trotz der gesetzlichen Änderung (Freistellung von Baugenehmigungsverfahren) nicht abgenommen.

Büro des Landrats
BL

Herr Gaigl erklärt weiter den interkommunalen Vergleich anhand einer Vorlage, die jedoch an die Ausschussmitglieder nicht mit versandt worden sei.

Der Vorsitzende sichert zu, diese Unterlagen zum Protokoll mitzuversenden.

Kreisrat Schwimmer denkt, der interkommunale Vergleich bringt nicht viel. Er möchte wissen und das sollte ausgewertet werden, wie viel Arbeit haben damals die Baugenehmigungen ausgemacht und wie viele vereinfachte Verfahren gibt es jetzt, wo keine Genehmigung erforderlich sei. Darüber sollte offen in den Haushaltsberatungen diskutiert werden.

Der Vorsitzende antwortet, die vereinfachten Verfahren werden verwechselt mit anderen Baugenehmigungen. Das Baurecht habe sich dahingehend geändert, dass fast alles, was früher normales Baugenehmigungsverfahren war, nun im vereinfachten Verfahren gemacht wird. Dadurch ergebe sich nicht weniger Verwaltungsaufwand. Bei den Freistellungsverfahren bei den Bebauungsplänen bekommen die Gemeinden eine Gebühr, der Landkreis dagegen habe keine Einnahmen und muss trotzdem die einzelnen Phasen oft intensiv betreuen. Diese 224 Fälle müssen durch die Baukontrolle usw. überprüft und betreut werden. Natürlich seien in den 1221 normalen Verfahren auch Garagen dabei, aber nicht die genehmigungsfreien Garagen.

Er berichtet, dass es bereits Überlegungen für den Bereich des Bauamtes gibt, insgesamt vom Arbeitsablauf das Ganze zu straffen.

Es habe bereits deutliche Änderungen bei der Baukontrolle gegeben - und das bittet er die Presse nicht zu schreiben - es gibt nur noch einen Baukontrolleur und auch die Sachbearbeiter im Bauamt müssen teilweise die Baukontrolle mit durchführen.

Der Vorsitzende meint, wenn sich der Landkreis im interkommunalen Vergleich im Mittelfeld bewegt, liege der Landkreis nicht schlecht.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

10. **Schülerbeförderung** **Vorlage: 2006/0030**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, auf den Antrag der SPD-Fraktion sei in der Vorlage Bezug genommen. Der Antrag sei aber nicht versandt worden.

Der Vorsitzende zeigt sich verwundert, dass Kreisrat Schmidt in dem Antrag eine Grundsatzentscheidung fordert: „Es sei zu prüfen, ob der Landkreis die Kosten der Schülerbeförderung für Schülerinnen und Schüler, die dauerhaft im Landkreis Erding wohnen, zu Schulen des Landkreises Erding übernehmen kann. Außerdem soll überprüft werden, ob nicht, wenn die Eltern bereit sind, den Unterschiedbetrag zu bezahlen, ein Weg gefunden werden kann, die fiktiven Kosten zu übernehmen.“

Der Vorsitzende merkt zum Thema „Finsinger Schüler“ an, er habe vollstes Verständnis für die Eltern, wenn sie, wie dargestellt, zu keinem Zeitpunkt von der Schulleitung darauf hingewiesen worden sind, dass Busbeförderungskosten entstehen, wenn Schüler zur Realschule nach Erding gehen wollen, und die Eltern einen Schadenersatz möchten. Jedoch sollte der Schadenersatz von denen, die das Ganze zu verantworten und zu vertreten haben, eingefordert werden.

Es sei interessant, dass es über Jahrzehnte hinweg allgemein keine Beschwerden gegeben habe und es üblich war, dass Schüler aus diesem Teil des Landkreises das Gymnasium oder die Realschule in Markt Schwaben besuchen. Der Landkreis habe dafür die Beförderungskosten für den Bus übernommen und Gastschulbeiträge bezahlt.

Nachdem diese Schüler nun nach Erding gehen, habe der Landkreis deutliche Mehrkosten, weil ein Verstärkerbus mit Kosten von 20.000 € eingesetzt werden muss.

Nach der gültigen Rechtslage gibt es keine Möglichkeit, dass der Landkreis für die Busbeförderung aufkommt, außer, es wird dem Antrag von Kreisrat Schmidt entsprochen, egal ob Beförderungsanspruch besteht oder nicht. Aber das entspricht nicht der allgemeinen Rechtslage und würde bedeuten, dass der Landkreis dafür keinen Zuschuss bekommt. Zudem würde dies eine massive Ungleichbehandlung bedeuten.

Wenn aber z.B. eine Schule in einem Jahr die Zustimmung gibt, dürfte der Landkreis die Kosten übernehmen, im nächsten Jahr, wenn z.B. die Schule ihre Klassen nicht mehr voll bekommt, würde sie die Zustimmung nicht geben, wäre das nicht möglich.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass die Situation nicht zur Zufriedenheit aller geregelt werden kann.

Bei einem Elternabend vor der Schuleinschreibung sei u.a. auch angefragt worden (Bericht der Eltern), ob eine Aufnahme von Schülern einer ganzen

Klasse an der Realschule in Erding überhaupt möglich sei. Aussage der Schulleitung war, dass dies kein Problem sei, weil Container aufgestellt werden können.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Schulleitung habe sich dazu noch nicht geäußert.

Auch bei der Schuleinschreibung haben die Eltern keinen Hinweis bekommen, obwohl dies zu den Dienstpflichten des Aufnehmenden (laut Anschreiben der Regierung von Obb) gehört, im Vorfeld und spätestens bei der Einschreibung darauf hinzuweisen, dass eventuell keine Fahrtkosten übernommen werden.

Daraufhin haben sich die Eltern erkundigt und sagen, früher habe es die Möglichkeit von Fahrtkostenzuschüssen auch schon gegeben. Das stimmt aber nur zum Teil, weil es früher nur eine Knabenrealschule ohne Mädchen an der Schule gegeben hat und eine Mädchenrealschule mit einem kirchlichen Träger. Fahrtkosten seien auch gezahlt worden, wenn Schüler z.B. einen anderen Zweig als an den Gymnasien in Erding angeboten worden ist, besuchen wollten, usw. Das Ganze sei deutlich zu unterscheiden.

Der Vorsitzende sagt deutlich, die Ablehnungsbescheide seien veranlasst worden und befinden sich jetzt im Widerspruchsverfahren. Wenn die Reg. v. Obb klar die Rechtsauffassung bestätigt, sei klar, dass die Eltern keinen Rechtsanspruch haben, aber nicht informiert worden sind. Die Versicherung des Landkreises wird das Ganze sicher nicht übernehmen.

Der Vorsitzende spricht ein Dankeschön an die Schulleiterin in Markt Schwaben und an das Kultusministerium aus, weil sie sich ein paar Tage vor Schuljahresende noch bereit erklärt haben, extra einen zusätzlichen Schuleinschreibungstermin für die 22 Schüler anzuberaumen, um sich doch noch einschreiben zu können. Jedoch haben sich keine Schüler mehr angemeldet. Auch das Kultusministerium habe nach intensiven Gesprächen kurzfristig zugesichert, die erforderlichen Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende merkt zum Antrag von Kreisrat Schmidt an, er weiß nicht, wie der Antrag von Kreisrat Schmidt deshalb bezüglich der Schüler, die dauerhaft in Erding wohnen, gemeint sei. Er sieht darin schon Probleme. Es sollte eine einheitliche Linie gefunden werden, weil auch eine Planungssicherheit für den Landkreis gegeben sein muss.

Kreisrat Schmidt zeigt sich dankbar für die ausführliche Darstellung der Problematik. Er sei von Eltern daraufhin angesprochen worden. Er habe deshalb den Antrag gestellt, sei aber damit nicht an die Presse gegangen. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden stellt sich wirklich die Frage, was der Landkreis für die Eltern tun könne. Er meint, es sollte eine unbürokratische Regelung gefunden werden.

Kreisrat Mittermeier merkt an, so unschuldig seien die Eltern nicht, wie das Ganze so dargestellt wird. Die Schulleiterin in Markt Schwaben sei von zwei Müttern angerufen worden, nachdem denen bekannt geworden sei, dass sie die Busbeförderungskosten selbst bezahlen müssen, ob sie noch Schüler aufnehmen würde. Es war also bekannt, dass die Beförderung nicht bezahlt werde. Die Eltern hätten noch die Möglichkeit gehabt,

ihre Kinder nach Markt Schwaben zu schicken und haben das bewusst nicht gemacht.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Begründung, dass an der Schule in Markt Schwaben zu viele Stunden ausfielen und dass die Lehrer zu schlecht seien, kann er nicht gelten lassen. Das Ganze sei eine Beleidigung des Lehrerkollegiums. Angeblich werde das Ganze von der Poinger Grundschule koordiniert. Es sei bekannt, dass Poing darauf drängt, eine eigene Realschule zu bekommen. Bei der Geschlossenheit, die hier an den Tag gelegt worden sei, habe er den Eindruck, dass im Pulk hier etwas erreicht werden möchte.

An der Realschule in Markt Schwaben gebe es nunmehr drei Eingangsklassen, an der Realschule in Erding sieben. Es sei schon verwunderlich, dass immer zu hören sei, der Landkreis sollte bezüglich der Erweiterung der Knaben-Realschule etwas unternehmen und dann werden zusätzlich Klassen aufgenommen. Es scheint also die Raumnot an der Knaben-Realschule in Erding nicht so groß zu sein. Er erklärt, es hänge auch pädagogisch viel daran, wenn Eingangsklassen fehlen, können Wahlpflichtfächer nicht mehr bestückt werden. Es geht also auch um das weitere Bestehen der Realschule Markt Schwaben.

Kreisrat Mittermeier denkt, verantwortlich für das Ganze sei der Schulleiter der Realschule in Erding.

Kreisrat Reingruber meint, es sollte mit der Versicherung ein Gespräch geführt und wenigstens für dieses Schuljahr eine Regelung gefunden werden.

Kreisrätin Rötzer berichtet, sie habe an der Abschlussveranstaltung der Realschule in Erding teilgenommen. Der Schulleiter habe sie eingangs gleich darauf hingewiesen, dass die Schule aus allen Nähten platze und dringend Abhilfe geschaffen werden müsse.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er heute Vormittag noch einen Brief von Frau Eichinger (vom Elternbeirat) bekommen habe. Weiteres könnte noch im nichtöffentlichen Teil besprochen werden.

11. Bekanntgaben und Anfragen

11.1. MVV-Integration Dorfen - Markt Schwaben

Der Vorsitzende berichtet bezüglich Integration der Bahnstrecke Dorfen – Markt Schwaben in den MVV-Tarif, dass in einem Gespräch, das er im Landratsamt mit verschiedenen Vertretern geführt habe, Herr Kraller von der Südostbayernbahn klar dargestellt hat, dass die Südostbayern-Bahn aus wirtschaftlichen Gründen auf keinen Fall auf den Ausgleich der Fahrgeldeinnahmen bei der Tarifintegration verzichten könne und im Moment gar nicht an einer Integration interessiert sei. Die Integration würde ein deutliches Mehr an Fahrgästen bedeuten und die jetzigen Maßnahmen zur Steigerung der Bedienungsqualität sofort wieder aufheben. Zudem wäre durch die preisliche Attraktivität ein so starker Fahrgastzuwachs zu erwarten, dass die Kapazitäten der Bahn nicht ausreichen. Eine Steige-

zung der Kapazitäten durch den Einsatz von mehreren Zügen sei aber wegen der Einleisigkeit der Strecke nicht möglich.



LANDKREIS
ERDING

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Kreisausschusses um 16.50 Uhr.

Büro des Landrats
BL

Vorsitzender
ab TOP 7

Vorsitzender
(TOP 1 bis 7)

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Max Gotz
Stellv. Landrat

Elfriede Mayer
Verw.Ang.